



## Ja zum Joint Medical Master

Die Schweiz bildet deutlich zu wenig Arztpersonen aus: Bereits heute sind mehr als 50 % der St.Galler Hausärzte älter als 55 Jahre alt und gehen demnächst in Pension und in Spitälern muss man bald froh sein, wenn überhaupt noch Hochdeutsch gesprochen wird. Die EVP befürwortet den Aufbau eines Joint Medical Master – also eine Masterausbildung für Medizinstudierende am Standort St.Gallen – einstimmig.

Schon in den letzten Wahlkämpfen zu den Kantonsratswahlen hat die EVP Kanton St.Gallen gefordert, in St.Gallen künftig Ärztinnen und Ärzte auszubilden. In Zusammenarbeit mit der Universität Zürich soll dies nun Tatsache werden: Ab dem Jahr 2020 sollen jährlich 40 Masterstudierende ihren Master in Humanmedizin in St.Gallen absolvieren. Nicht nur soll damit die Anzahl der Ausbildungsplätze in der Schweiz erhöht werden, man erhofft sich auch, die Absolvierenden vermehrt in der Ostschweiz zu halten und damit den Fachkräftemangel zu lindern.

Die EVP steht voll hinter dieser Vorlage, ist es nicht zuletzt auch eine ethische Frage. Das Medizinstudium ist eines der teuersten Fachgebiete und seit Jahren lotst die Schweiz zahlreiche Fachkräfte aus dem nahen Ausland in die Schweiz, die dann dort fehlen, wo sie für teures Geld ausgebildet wurden. Nicht nur bevorzugen unsere Patientinnen und Patienten Arztpersonal, das Deutsch spricht, vielmehr ist es auch unsere moralische Pflicht, selber in Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen zu investieren. Darum mit Überzeugung Ja zur Medizinausbildung in St.Gallen!

## Ja zum Geldspielgesetz

Der Bundesrat will die Geldspiele in der Schweiz zusammenhängend und zeitgemäss in einem einzigen Gesetz regeln. Neu können Spielbankenspiele auch online angeboten werden, im Gegenzug wird der Schutz vor den Gefahren der Geldspiele verstärkt. Ausländische Anbieter von Onlinecasinos werden für den Nutzer aus der Schweiz gesperrt.

Der umstrittene Punkt ist die Internetsperre für ausländische Online-Wettspielanbieter. Deren Angebote sollen künftig im Internet gesperrt werden – Kritiker monieren jedoch, diese sei allzu leicht auszuhebeln – da ausländische Anbieter nicht auf Einhaltung der gesetzlichen Pflichten überprüft werden können und sie überdies keine Abgaben gemäss Gesetz leisten. Diese Abgaben werden in der Schweiz auf alle Glücks- und Wettspiele erhoben und dienen

massgeblich der Finanzierung von Kultur- und Sportangeboten in der Schweiz.

Die EVP geht mit National- und Ständerat einig, dass das neue Gesetz insgesamt zweckmässig ist und mit der Ausweitung auf Online-Spiele der Schutz vor Spielsucht verbessert und der Abgabenzwang zu Gunsten gemeinnütziger Angebote richtigerweise ausgeweitet wird.

### Parolen

|                     |      |
|---------------------|------|
| Vollgeld-Initiative | Nein |
| Geldspielgesetz     | Ja   |

### Kantonal

|  |    |
|--|----|
| Einmaleinlage an die St.Galler Pensionskasse | Ja |
| Joint Medical Master                         | Ja |

### EVP überholt CVP

Bei den Wahlen in die Zürcher Stadtparlamente hat die EVP insgesamt sechs zusätzliche Sitze gewinnen können. Vier davon in der Stadt Zürich, wo sie zusammen mit der BDP gleich in zwei Wahlkreisen die notwendige 5%-Hürde überspringen konnte. Dank diesem erfreulichen Zuwachs hat die EVP nun die CVP überholt. Über den ganzen Kanton hinweg besitzt die EVP 34 Mandate in Gemeindeparlamenten, die CVP noch deren 33.

### Impressum

Herausgeber:

EVP Kanton St. Gallen

[www.evp-sg.ch](http://www.evp-sg.ch)

Kontakt: Roman Rutz,  
[sekretariat@evp-sg.ch](mailto:sekretariat@evp-sg.ch)

PC 90-219-8

IBAN: CH09 0078 1035 5341 6601 8

Druck: Jordi AG, Belp

## Was ist der technische Zinssatz?

Der technische Zinssatz ist eine reine Berechnungsgrösse – eben technisch. Wird jemand pensioniert und erhält eine Rente, muss entsprechend genügend Kapital vorhanden sein, um diese Rente bis ans Lebensende bezahlen zu können. Da dieses Kapital aber nicht einfach auf dem Konto liegt, sondern weiter angelegt wird und Rendite abwirft, müssen die Rentenzahlungen diskontiert werden, was mit dem technischen Zinssatz geschieht. Ist der technische Zinssatz hoch, heisst das, dass das vorhandene Kapital mehr Rendite abwerfen muss. In Zeiten niedriger Zinsen muss der technische Zinssatz gesenkt werden. Damit aber die bereits versprochenen Renten dennoch bis zum Ableben bezahlt werden können, muss nun mehr Kapital zur Verfügung stehen, um den Verpflichtungen nachzukommen. Da die Rentner aber keine Beiträge mehr einzahlen können, muss diese Lücke von den aktiv Versicherten bezahlt werden und somit sinkt der Deckungsgrad der Pensionskasse.

## Einmaleinlage an die St.Galler Pensionskasse

Am 10. Juni stimmen wir über die Einmaleinlage von 128 Millionen Franken an die St.Galler Pensionskasse (sgkp) der Staatsangestellten ab. Diese soll die Kosten der Senkung des technischen Zinssatzes von 3.5 % auf 3.0 % decken. Die EVP Kanton St.Gallen empfiehlt – zwar widerwillig – ein Ja zur Einmaleinlage.

Während Jahren führte der Kanton St.Gallen die Pensionskasse der Staatsangestellten in der eigenen Rechnung und haftete mit einer Staatsgarantie für die Verbindlichkeiten. Erst als der Bund die Kantone und die Gemeinden per Gesetz dazu zwang, die Pensionskassen zu verselbständigen kamen markante Unterdeckungen der öffentlichen Pensionskassen ans Tageslicht. Während Jahren haben vor allem die Kantone den Angestellten zu hohe Leistungen versprochen und im Gegenzug dafür zu wenig Beiträge eingezahlt. Diese Sparmassnahmen rächen sich nun: Nachdem 2013 bereits 215,3 Millionen Franken durch den Kanton und 71,8 Millionen Franken durch die Angestellten nachgeschossen werden musste, ist nun nochmals eine Einmaleinlage notwendig. Dass der technische Zinssatz

gesenkt werden muss (siehe Kasten), war jedoch schon 2013 bekannt und somit ist auch klar, dass schon damals davon ausgegangen werden musste, dass eine erneute Zahlung notwendig würde. Die EVP Kanton St.Gallen erkennt die Fehler der vergangenen Jahre infolge zu tief angesetzter Beiträge, möchte damit jedoch nicht allein die Angestellten der nächsten 30 Jahre belasten. Sie stimmt damit der Einmaleinlage zu, im Wissen darum, dass auch die angestellten wieder im Umfang von rund 25 % zu den Finanzierungsmassnahmen beitragen müssen.



Roman Rutz  
Präsident  
EVP Wil

## Nein zur Vollgeldinitiative

Die Volksinitiative «für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!» verlangt, dass künftig nur die Nationalbank Münzen, Banknoten und vor allem Buchgeld ausgeben darf. Im heutigen Kreditwesen dagegen schaffen Geschäftsbanken fortlaufend neues, fiktives Geld, sogenanntes Buchgeld, indem sie Kredite vergeben. Dieses Geld existiert zwar nur elektronisch, erweitert aber die umlaufende Geldmenge, was aus Sicht der Initianten zu neuen Geldblasen führen kann. Die Initiative will mit ihrer Forderung das Finanzsystem stabilisieren. Der Bundesrat sowie alle Fraktionen des National- und Ständerates empfehlen die Initiative abzulehnen.

Die Finanzkrise im Jahr 2008 und die sehr hohe private und staatliche Verschuldung in einigen Volkswirtschaften dürften massgebliche Auslöser für die Initiative gewesen sein. So sehen die Initiantinnen und Initianten in der hohen Geldschöpfung durch das Bankensystem eine wesentliche Ursache der Finanzkrise und der darauffolgenden Staatsschuldenkrise in Europa. Sie sind der Auffassung, die Schweizerische Nationalbank (SNB) habe im heutigen Geldsystem nur unzureichende Möglichkeiten zur Steuerung der Geldmenge.

Gemäss der Volksinitiative würde es der Nationalbank obliegen, die Geldmenge zu steuern und Banknoten, Münzen und elektronisches Geld in Umlauf zu bringen.

Die Nationalbank soll Geschäftsbanken bei Bedarf Darlehen geben, Geschäftsbanken dagegen dürften durch Kreditvergaben kein so genanntes Buchgeld mehr schaffen.

Für ihre Kredite müssten die Banken Geld einsetzen, das Sparer zur Verfügung stellen, das sie selbst besitzen oder das sie von der Nationalbank erhalten. Das mit heutigen Kreditvergaben geschaffene Buchgeld erweitere die Geldmenge, schreiben die Initianten. Fi-

nanzkrisen oder Inflation könnten die Folge sein. Mittlerweile seien 90 Prozent aller Zahlungsmittel heute Buchgeld und lediglich 10 Prozent Vollgeld.

Aus Sicht der EVP handelt es sich bei der Vollgeld-Initiative um ein weltweit einmaliges Experiment mit ungewissem Ausgang. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis, dass sich das Finanzsystem damit wirkungsvoll stabilisieren lässt und künftige Finanzblasen und -krisen tatsächlich verhindert werden können.

Das Unbehagen der Initianten vor einer erneuten Bankenkrise sowie ihr Anliegen, das Finanzsystem der Schweiz stabiler zu machen, teilt die EVP allerdings. Es liesse sich jedoch mit anderen Instrumenten wie einer erhöhten Eigenkapitalquote für systemrelevante Banken besser erreichen. Deshalb hatte die EVP im Nationalrat mit der Kommissionsminderheit dafür plädiert, den Bundesrat einen Gegenvorschlag zur Initiative ausarbeiten zu lassen.

Die EVP-Delegierten folgten dem Contra-Plädoyer von SP-Nationalrat Philipp Hadorn, SO, und beschlossen mit 49 zu 39 bei 10 Enthaltungen die Nein-Parole zur Vollgeld-Initiative.

## Kaderschulung der \*jevp

Junge und Junggebliebene aufpasst: Die \*jevp Schweiz organisiert eine 'Kaderschulung' die sich an alle politisch Interessierten unter 35 Jahren richtet. An neun Samstagen werden Themen wie Wahlkampf, stilsicheres Auftreten oder Rhetorik in Theorie und Praxis vertieft. Von Bundeshausbesuch bis zu Schulung vor laufender

Kamera ist für alle etwas dabei. Die Schulung beginnt Anfang Mai. Wer aber erst ab dem zweiten Mal dabei sein kann, ist als Kurzsentschlossene/r dennoch willkommen. Weitere Informationen siehe Flyer oder [www.jevp.ch](http://www.jevp.ch).

Christoph Bösinger, Vorstand  
\*jevp CH

## Ursi Schweizer ins Schulratspräsidium Gams



Erfahren  
Unabhängig  
Lösungsorientiert

Ich habe die Zeitung geöffnet und ein Inserat hat sich mir präsentiert. Das Schulratspräsidium in Gams ist neu zu besetzen. Ich fühlte mich sofort angesprochen und begann, hin und her zu überlegen. Nach einem klärenden Telefongespräch und einem Treffen mit dem Gemeindepräsidenten und dem ad interim eingesetzten Schulratspräsident entschied ich mich zu kandidieren.

Als ausgebildete Handarbeitslehrerin und aktuelle Schulleiterin in Nesslau bin ich schon seit vielen Jahren in der Bildung tätig. Mich fasziniert das Prägen der Schülerinnen und Schüler und das Begleiten der Lehrpersonen, die eine sehr wertvolle Arbeit leisten.

Das Amt als Schulratspräsidentin traue ich mir zu, weil ich auf ein erfahrenes Team im Schulrat zählen kann und weiss, dass die Angestellten der Schule Gams ihr Bestes geben. Ich will die Schule mit Geschick weiterführen und dafür sorgen, dass alle Beteiligten - Kinder, Lehrpersonen wie auch Eltern - ein gutes Miteinander leben können.



05.05.18 Self-Marketing  
30.06.18 Mein Thema  
25.08.18 Botschaften übermitteln  
29.09.18 Auftritt & Style  
10.11.18 Demokratie & Parlament

### Themen

19.01.19 Wahlkampf macht Spass  
02.03.19 Rhetorik  
06.04.19 Vor Kamera & Mikrophon  
11.05.19 Abschluss & Wahlauftakt

### Wer & Was

\*jevp Mitglieder Kosten: 80.- für gesamte Schulung  
Neueinsteiger bis Amtsträger willkommen Ort: Olten, Bern oder Zürich, 09.30-15.00 Uhr  
Teilnahme an mindestens 6 Terminen Anmeldung: Bis 22.04.18 unter [www.jevp.ch](http://www.jevp.ch)  
Weitere Infos:  
[valerie.oppliger@jevp.ch](mailto:valerie.oppliger@jevp.ch) [christian\\_minder@hotmail.com](mailto:christian_minder@hotmail.com)

# \*jevp Kaderschulung

Werde auch du ein \*jevp Hoffnungsträger!

### Vorankündigung

EVP-Forum

Wahlkreis Rorschach  
Samstag 30. Juni 2018

Ort und Programm auf  
[www.evp-sg.ch](http://www.evp-sg.ch)





## OPV Wahlkreis St. Gallen

Am 24. April lud die EVP Wahlkreis St. Gallen zur diesjährigen OPV zu einer Führung ins Theater St. Gallen ein. Natürlich ist der Abstimmungskampf um die Theatersanierung längst vorbei und glücklicherweise auch gewonnen. Trotzdem einmal hinter die Kulissen schauen zu können und zu erfahren, was es alles braucht, dass ein Theaterbetrieb aufrechterhalten werden kann, ist eindrücklich.

Theaterdirektor Werner Signer empfing unsere Gruppe zusammen mit dem technischen Leiter Georges Hanimann. Nach einer kurzen Einführung über die Geschichte, den Bau und die Struktur des Theaters nahmen wir die ersten Schritte in jene Bereiche unter die Füsse, die der Öffentlichkeit beim Theaterbesuch verborgen bleibt.

Zuoberst angekommen wird schnell klar, den heutigen Bedürfnissen wird die bauliche Substanz und die Aufteilung der Räumlichkeiten nicht mehr gerecht. Ein Blick in den Tanzsaal zeigt, dass nur in einem kleinen Bereich Hebefiguren oder Sprünge geübt werden können. Mit der geplanten Sanierung wird diesem Aspekt Rechnung getragen. Die Decke wird angehoben und damit ein Raum geschaffen, der in der ganzen Grösse voll genutzt werden kann. Für die Darsteller des Tanztheaters eine willkommene und notwendige Aufwertung des Arbeitsplatzes. Aber auch für jene, die hinter der Bühne arbeiten, werden die Arbeitsplätze aufgewertet. Im Keller besichtigten wir die Werkstätten. Das Theater baut die Bühnenbilder selber. Das bedeutet: Die Werkstätten sind ein zentraler Teil der Theaterinfrastruktur. Durch die immer enger werdenden Platzverhältnisse und die aufwändigeren Bühnenbilder mussten die Werkstätten zum Teil in fensterlose Räume verlegt werden. Dass dies mit der Sanierung behoben werden soll, leuchtete allen ein. Zudem wird in der Malerei das Augenmerk auf die Abluft gerichtet. In Zukunft kann also mit mehr Tageslicht gearbeitet werden

und Proben und Werkstattarbeit tangieren einander weniger. Auch die Bereiche Maske, Bühnentechnik, Lagerräume, Waschküche oder Färberei stossen an Ihre Grenzen und bedürfen dringend einer Sanierung.

Uns hat die Führung beeindruckt. Die Ausführungen haben uns in der zur Abstimmung gefassten Parole bestärkt. Den Theaterverantwortlichen wünschen wir an dieser Stelle viel Geduld und eine hoffentlich sorgenfreie Sanierungszeit.

Nicht nur, dass die Räumlichkeiten in Gehdistanz zum Theater gelegen sind, sondern auch um mit Verantwortlichen der freien Gemeinden in Kontakt zu kommen, bewegten mich für den Apéro und die statutarischen Geschäfte der OPV in die Räumlichkeiten des ICF zu wechseln. Nach einem gemütlichen Apéro widmeten wir uns den Traktanden der Parteiversammlung. Diese ist den Anträgen einstimmig gefolgt. Der Vorstand wurde für eine weitere Amtsdauer bestätigt. Ebenfalls wurden die durch die Versammlung zu wählenden Funktionen bestätigt. Im laufenden Jahr müssen wir uns allerdings auf die Suche nach zwei Vorstandsmitgliedern machen, da wir wissen, dass in absehbarer Zeit das Amt des Kassiers neu besetzt werden muss und ein weiteres Mitglied den Rücktritt angekündigt hat.



Daniel Bertoldo  
Präsident  
EVP Kt. St.Gallen